

## Die CDU-Idee findet kaum Liebhaber

**Disput** Städte und Gemeinden sind definitiv gegen ein kostenloses Kindergartenjahr.

Der CDU-Vorschlag für ein kostenfreies drittes Kindergartenjahr in Baden-Württemberg stößt auf den erbitterten Widerstand der Städte und Kommunen. Der Sprecher des Städtetags, Manfred Stehle, warnte am Mittwoch in Stuttgart vor den finanziellen Belastungen. Ohne Beitragsersatzung würden die kommunalen Haushalte in eine noch größere Schieflage geraten. Kindergärten entwickelten sich immer mehr von Betreuungszu Bildungseinrichtungen. Die Förderung der Schulreife sei eine notwendige Herausforderung für Kindergärten und bereits mit erheblichen zusätzlichen Kosten für Land und Kommunen verbunden.

Die CDU will laut ihrem Wahlprogramm für Kinder ab fünf Jahren „vor dem Eintritt in die vierjährige Grundschule ein kostenfreies, verpflichtendes Kindergartenjahr“ einführen. Darüber soll am Samstag auf dem Landesparteitag in Donaueschingen abgestimmt werden. Die SPD hatte am vorigen Wochenende sogar die völlige Beitragsfreiheit des Kindergartens beschlossen.

Der CDU-Generalsekretär Thomas Strobl sagte, der Vorschlag der Sozialdemokraten sei nicht finanzierbar. Er verteidigte den Vorstoß seiner Partei: „Klar ist, wenn der Landesgesetzgeber ein solches verpflichtendes Kindergartenjahr einführt, muss dafür auch das Land aufkommen.“ Der Deutsche Gewerkschaftsbund nannte den CDU-Vorstoß einen „kleinen Schritt“ in die richtige Richtung. Der Sprecher des Städtetags sagte weiter, ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr würde die Kommunen mit jährlich mehr als 90 Millionen Euro belasten. Das komme nur infrage, wenn das Land die Kosten übernehme. Der Verband bezweifelte aber die Notwendigkeit, weil bereits mehr als 95 Prozent der Kinder den Kindergarten im dritten Jahr besuchen.

Die Kosten für eine völlige Beitragsfreiheit schätzt der Verband auf 250 bis 300 Millionen Euro im Jahr. Der Landesverband der katholischen Kindertagesstätten sieht den Vorstoß der CDU kritisch. Geschäftsführerin Ursula Wollasch wies darauf hin, dass es eher sinnvoll sei, das erste Kindergartenjahr kostenlos anzubieten. Die Grünen sprachen sich dafür aus, zunächst die Kleinkindbetreuung auszubauen. Nach Auffassung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) darf das Thema Gebühren nicht an vorderster Stelle stehen.

Heilbronn ist eigenen Angaben zufolge die erste Großstadt in Deutschland, die komplett auf Gebühren im Kindergarten verzichtet. Mehr junge Familien nach Heilbronn zu locken, war der Hintergrund der Entscheidung. Seit 2008 lässt sich die Stadt das jährlich 5,1 Millionen Euro kosten, wie OB Helmut Himmelsbach (parteilos) berichtete. Die Rechnung geht seiner Meinung nach auf. Er habe die Rückmeldung von Eltern bekommen, dass viele Familien nicht ins Umland abwandern oder von dort wieder zurückziehen. dpa

### Philippsburg

## Mitarbeiter stellt Interna ins Netz

Ein Mitarbeiter des Atomkraftwerks Philippsburg (Kreis Karlsruhe) hat interne Schulungsunterlagen auf einer allgemein zugänglichen Internetplattform veröffentlicht. Um sich auf eine Prüfung vorzubereiten, gab der Mann allgemeine Fragen zum Betrieb eines Kernkraftwerks sowie die Antworten darauf auf der US-Plattform quizlet.com ein. Die Seite wird normalerweise als Vokabeltrainer genutzt. Deshalb konnten auch andere Internetnutzer auf die Informationen zugreifen, teilte der Kraftwerksbetreiber Energie Baden-Württemberg (EnBW) mit.

Das Umweltministerium als atomrechtliche Aufsichtsbehörde wurde informiert; die Daten wurden gelöscht. Die Informationen seien nicht sicherheitsrelevant gewesen, sagte ein EnBW-Sprecher. Der Mitarbeiter habe die Daten Ende des vergangenen Jahres hochgeladen. Mittlerweile arbeite er nicht mehr im Unternehmen. dpa

### Kontakt

**Redaktion Landespolitik**  
Telefon: 07 11/72 05-11 81  
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf den SEITEN 25 und 26



Als im vergangenen Herbst der Untersuchungsausschuss im Landtag seine Arbeit aufnahm, wollte man die Vorgänge beim Polizeieinsatz am 30. September aufklären. Jetzt hat der Ausschuss seine Arbeit beendet, dennoch bleiben noch manche Fragen ungeklärt. Foto: ZB Zentralbild

## Opposition sieht Mappus' lenkende Hand

**Untersuchungsausschuss** SPD und Grüne raufen sich zusammen. Doch CDU und FDP verteidigen den Regierungschef. Von Reiner Ruf

Zumindest in einer Hinsicht vermochte die Opposition einen, wenn auch vordergründigen Erfolg über die Regierungsfaktionen zu erringen. Denn die Präsentation des Untersuchungsberichts des Landtags sollte erst am kommenden Montag erfolgen, doch SPD und Grüne kündigten kurzfristig schon für gestern ihr Minderheitenvotum an, um sich einen Sonnenplatz in der Berichterstattung zu sichern. CDU und FDP mussten improvisieren und gingen unmittelbar im Anschluss an die Presse.

Und noch ein zweites Glück gönnten sich die Oppositionsabgeordneten. Sie überwand den inneren Schweinehund und schafften es, ein gemeinsames Votum abzugeben. Das war harte Arbeit, denn SPD und Grüne war es darum zu tun, Einigkeit zu demonstrieren, um sich nicht im Landtagswahlkampf als unfähig zum gemeinsamen Regieren vorführen zu lassen. Dabei hatten beide Fraktionen schon bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses unterschiedliche Erkenntnisinteressen an den Tag gelegt. Den Grünen ging es darum, die

Protestbewegung gegen Stuttgart 21 zufriedenzustellen. Was bedeutete, dass sie sich im Ausschuss stark auf den Polizeieinsatz konzentrierten, den ihr Obmann Hans-Ulrich Sckerl immer wieder in harschen Worten kritisierte. Der SPD hingegen kam das gar nicht gelegen, findet sie doch eher in der Polizei eine Klientel, die sie in der Vergangenheit hegte und pflegte. Sie verlegte sich stattdessen auf die Identifizierung einer politischen Einflussnahme durch die Regierung.

Heraus kam ein Kompromiss, der in der Pressekonferenz zwar vorübergehend zu zerbrechen drohte, am Ende aber doch hielt. Anders als von den Grünen gewünscht brandmarkte die Opposition den Polizeieinsatz in ihrem Votum nicht als rechtswidrig. Sie verständigte sich darauf, die Klärung durch die Justiz abzuwarten. Sckerl sagte: „Das war kein Untersuchungsausschuss gegen die Polizei.“ Sie sei vielmehr von der Politik, welche die Polizei in den Schlossgarten geschickt habe, in eine Sündenbockrolle gedrängt worden. Auch den Wasserwerferinsatz als Instrument des Unmittelbaren Zwangs be-

urteilte Sckerl zurückhaltender als in der Vergangenheit. Gestern war nicht mehr die Rede davon, dass solche Mittel in einer modernen Polizei nichts zu suchen hätten. Vielmehr sei künftig darauf zu achten, dass beim Einsatz von Wasserwerfern die medizinische Versorgung sichergestellt werde. Im Minderheitenvotum heißt es außerdem, der Vorwurf, Demonstranten seien mittels der Wasserwerfer von den Bäumen „geschossen“ worden, sei nicht zutreffend.

Nach einigem Hin und Her wurden sich SPD und Grüne einig in der Forderung, Stuttgarts Polizeipräsident Siegfried Stumpf abzulösen, der den Einsatz am 30. September geleitet hatte. „Das ist die einzig richtige Konsequenz“, sagte der SPD-Obmann Stoch. Sein Kollege Reinhold Gall plädierte dafür, auch bei Stumpf zunächst die justizielle Klärung abzuwarten.

Dagegen überraschte es wenig, dass die Opposition eine politische Einflussnahme durch Ministerpräsident Stefan Mappus als gegeben ansah. Auf einen Rücktrittsforderung verzichteten SPD und Grüne mit Blick auf den nahen Wahltermin. In ihrem Votum zeichnen sie einen Konfrontationskurs des Regierungschefs nach, der ihrer Ansicht nach im missglückten Polizeieinsatz endet. Dazu gehören sein Besuch im Stuttgarter Polizeipräsidium mit dem Ver-

merk: „MP erwartet offensives Vorgehen gegen Baumbesetzer“ und die Regierungserklärung, die Mappus im Zusammenhang der Räumung des Baufeldes zu halten gedachte. Sie verweisen auch auf die Besprechung am Tag vor dem Polizeieinsatz im Staatsministerium.



„Jetzt steht fest, dass es keinerlei politische Einflussnahme gegeben hat.“  
Foto: dpa

CDU-Obmann Ulrich Müller zum Ausschuss-Ergebnis

Die Regierungsfaktionen verwarnten sich gegen solche Vorwürfe. Der CDU-Obmann Ulrich Müller sagte, der Ausschuss habe zwei Erkenntnisse gebracht. „Zum einen steht fest, dass es keinerlei politische Einflussnahme gegeben hat.“ Zum anderen sei geklärt, „dass der Polizeieinsatz rechtmäßig war“. Der FDP-Obmann Hagen Kluck sagte, ein Teil der Demonstranten zeige ein „egoistisches Rechtsempfinden“, dass nicht zu einem liberalen Rechtsstaat passe. „Da gelten die Gesetze, und alle müssen sich dranhalten.“

Andernfalls, so sagte CDU-Obmann Müller, drohe „das Ende des Rechts“. In ihren Beschlussempfehlungen regen CDU und FDP eine Stärkung der Bildungsarbeit für Schüler an. Die Demonstration der Jugendoffensive gegen Stuttgart 21 habe gezeigt, dass nicht bei allen Schülern „eine ausreichende Kenntnis ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten vorhanden ist“. Außerdem solle die Polizei bei Ordnungsstörungen früh einschreiten und keine rechtsfreien Räume dulden.

## Lehrer sollen bessere Ausbildung erhalten

**Lehramt** Wenn die Studenten mehr Praxisbezug haben sollen, brauchen die Ausbildungslehrer mehr Zeit. Von Renate Allgöwer

Sie sollen jeden Schüler individuell fördern, früh erkennen, wo es bei jedem einzelnen Kind kackt, sie sollen behinderte und nicht behinderte Kinder unterrichten, zwischen den Kulturen vermitteln und selbstverständlich mit den Eltern zusammenarbeiten. Die Anforderungen an die Lehrer sind gewaltig gestiegen. Jetzt passt das Land die Ausbildung der künftigen Lehrer den Erwartungen an.

Vom kommenden Wintersemester an werden Grundschullehrer in einem eigenständigen Studiengang ausgebildet. Für künftige Lehrer für Haupt-, Werkreal- und Realschulen wird zum ersten Mal ein gemeinsamer Studiengang eingerichtet. Eine weitere Hürde bei der Neugestaltung der Lehramter haben die Pädagogischen Hochschulen und die Gewerkschaften bereits genommen. Die Studienzeit der künftigen Lehrer an Grund-, Haupt-, Werkreal- und Realschulen ist einheitlich auf acht Semester festgelegt worden. Das ist besonders für die Grund- und Hauptschulen ein Fortschritt. Die Studienzeit für diese Schularten betrug bisher sechs beziehungsweise sieben Semester.

Jetzt geht es an die Ausgestaltung der neuen Lehramter und an die Umsetzung der neuen Prüfungsordnungen. Bisher sind die Pädagogischen Hochschulen außerordentlich zufrieden mit der Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium. „Der Prozess ist sehr gut verlaufen. Die Hochschulvertreter wurden intensiv beteiligt“, lobt Martin Fix, der Rektor der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz.

„In Zukunft wird die Praxisorientierung deutlich vertieft“, hebt Fix hervor. Zu einem Orientierungspraktikum am Beginn und einem Professionalisierungspraktikum am Ende des Studiums kommt ein

integriertes Semesterpraktikum, das die künftigen Lehrer ungefähr im vierten Semester absolvieren sollen. Die Studenten sind dabei mindestens 14 Wochen lang an einer Schule. Gleichzeitig ist eine enge Kooperation zwischen Schule und Hochschule vorgesehen. An einem Tag in der Woche sollen sie begleitende Veranstaltungen an ihrer Hochschule absolvieren. Auch sei vorgesehen, dass die Hochschulprofessoren an die Schulen kommen, sagte Fix gegenüber der Stuttgarter Zeitung.

Die intensivere praktische Ausbildung stellt die Ausbildungslehrer vor neue Herausforderungen. Das müsse sich in den Deputaten niederschlagen, erwarten Fix und Ulrich Druwe, der Rektor der PH Freiburg, der die Ausarbeitung der Prüfungsordnungen von Seiten der PHs koordinierte. Deutlicher wird Doro Moritz, die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie begrüßt die neue Praxisorientierung durchaus. „Wenn die Begleitung gut ist, kann das durchaus ein Schritt nach vorne sein“, sagte sie der STZ.

Sie fordert, dass die Ausbildungslehrer, die PH-Studenten an der Schule begleiten, die gleichen Bedingungen erhalten wie Gymnasiallehrer. An den Gymnasien erhält jede Schule zwei Deputatsstunden dafür, dass sie Ausbildungsschule ist, für jeden Praktikanten gibt es eine weitere Deputatsstunde.

Ausbildungslehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen bekommen für die Betreuung ihrer Schützlinge bisher keine zeitliche Anrechnung. Das muss anders werden, fordert Moritz. „Beide Gruppen von Ausbildungslehrern müssen gleich behandelt werden“, fordert die GEW.

Kultusministerin Marion Schick (CDU) signalisiert in einer Absichtserklärung, die der STZ vorliegt, Entgegenkommen. „Für



Grundschullehrer werden künftig gründlicher ausgebildet – das soll sich auch in mehr Stunden für die Ausbildungslehrer niederschlagen, findet die Gewerkschaft GEW. Foto: dpa

### DIE NEUEN LEHRÄMTER

**Studiengang** Lehrer für Haupt-, Werkreal- und Realschulen werden gemeinsam ausgebildet. Bislang gibt es ein Lehramt für Grund- und Hauptschulen. „Es ist gut, dass nach Entwicklungsstufen der Kinder strukturiert wird und nicht nach Schulart“, sagt Martin Fix von der PH Ludwigsburg.

**Grundschule** Der Streit, ob für Grundschullehrer die Fachlichkeit nicht so wichtig ist, wie die Fähigkeit, Klassen zu führen, ist mit einem Kompromiss entschieden, sagt Ulrich Druwe aus Freiburg. Jetzt studieren alle Deutsch, Mathematik, dazu zwei weitere Kompetenzbereiche und Pädagogik.

**Kompetenz** „Wir müssen herausfinden, ob die Leute etwas können, nicht nur, ob sie etwas wissen“, formuliert Margret Rupp, die Rektorin der PH Weingarten, die neuen Ansprüche an die Studenten. Das Studium wird weniger verschult. Es wird nicht mehr so viele Modulprüfungen geben. ral

die Übernahme dieser Aufgaben werden seitens des Ministeriums zeitliche Anreize geschaffen. Insbesondere soll die bisherige Funktion Ausbildungslehrer/-in zur Position Ausbildungsberater/-in weiterentwickelt werden“, heißt es in dem sogenannten Letter of Intent, den Schick und Fix morgen in Freiburg unterzeichnen wollen.

Auch bei der Qualifizierung der Ausbilder fordern die PH-Vertreter und die GEW Verbesserungen. Ausbildungslehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen werden neuneinhalb Tage lang fortgebildet, sagt Moritz. „Die anderen Schularten bekommen bisher keine Qualifizierung“. Auch hier verlangt die GEW Gleichbehand-

lung. Die Kultusministerin legt sich zwar nicht auf Zahlen fest, verspricht aber in der Absichtserklärung, dass die Hochschulen und die Seminare für Lehrerbildung gemeinsam ein Zertifikationskonzept für Ausbildungslehrer entwickeln werden.

Wenn im Herbst 2015 die ersten nach den neuen Prüfungsordnungen ausgebildeten Junglehrer ihren Dienst antreten, muss die Bezahlung geklärt werden, sagt Moritz. Für die GEW ist es keine Frage: „Wenn alle gleich lang ausgebildet werden, müssen alle gleich bezahlt werden. Und zwar nach A 13“. Bisher werden Grund- und Hauptschullehrer nach der niedrigeren Besoldungsgruppe A 12 bezahlt.